



Die neue Siemens Geschäftsführung kümmert sich um ihren guten Ruf an der Börse und der Betriebsrat sieht dadurch sein Ansehen beschädigt.....	2
„Sittenwidrige Löhne“ - Das Hinterletzte aus der durchgeregelten Klassengesellschaft .....	2
Buchempfehlung:	
Albert Krölls - Kapitalismus, Rechtsstaat, Menschenrechte .....	2
Verbraucherschutz für Arme: Anleitung zum Sparen.....	3

## Die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa: Eine notwendige Tragödie

Anfang Oktober gerät ein Boot mit afrikanischen Flüchtlingen vor der italienischen Insel Lampedusa in Seenot und sinkt. Hunderte Flüchtlinge ertrinken. Die Presse und andere Medien, deutsche und europäische Politiker zeigen sich erschüttert von dem Unglück an den Außengrenzen der EU, fordern bzw. versprechen, dass man angesichts dieser „Schande Europas“ (Papst Franziskus) nicht zur Tagesordnung übergehen dürfe, und klagen Maßnahmen ein, die sicherstellen, dass dergleichen nicht wieder vorkommt. Zugleich wissen alle, die sich zu Wort melden, dass gar kein Unglück vorliegt – weder zufälliges Pech, noch überhaupt ein ganz außergewöhnliches Ereignis, sondern nur ein extremer Fall dessen, was normal ist auf dem Mittelmeer zwischen Afrika und Europa. Und auch, was die Maßnahmen zu Verhinderung neuen Massensterbens betrifft, liegen die kritischen Stellungnahmen zwischen billigem Humanismus, Zynismus und Ratlosigkeit: Auf je verschiedene Weise bescheinigen sie alle der Katastrophe die furchtbare Folgerichtigkeit einer griechischen Tragödie – und räumen so ein, dass der massenhafte Versuch von Afrikanern und Arabern, in der EU ein Überleben zu finden einfach dazugehört, ebenso wie das tödliche Fernhalten der Flüchtlinge zu diesem Europa und seiner Lebensart.

### „Leben retten!“

Zuerst regen sich Trauer und Empörung. Ihnen verleiht Heribert Prantl in der SZ Ausdruck, indem er einmal ungeschminkt die durchaus bekannte Wahrheit über das Grenzregime der EU zu Papier bringt:

„Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Die toten Flüchtlinge sind ... Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik, der Politik also des Friedensnobelpreisträgers von 2012, der Europäischen Union. In dieser Politik hat die Abwehr von Menschen den Vorrang vor der Rettung von Menschen. ... Hilfe gilt als Fluchtanreiz. Deshalb ist sie verboten, deshalb wird sie bestraft, deshalb nimmt die EU-Politik den Tod der Flüchtlinge fatalistisch hin. Die Tränen, die nun angesichts des Massentodes vor Lampedusa von EU-Politikern zerdrückt werden, sind Krokodilstränen; und die Reden dieser Politiker sind Krokodilsreden. Der Tod der Flüchtlinge ist Teil der EU-Flüchtlingspolitik, er gehört zur Abschreckungsstrategie, die der Hauptinhalt dieser Politik ist.“ (Prantl, SZ, 8.10.13)

Dass Europas Grenzsicherung über Leichen geht, will der Gewissenswurm der deutschen Politik dann doch so nicht stehen lassen: Prantl nimmt seine korrekte Denunziation der gezielten Abschreckung in den Vorwurf einer Unterlassungssünde zurück – die Toten seien „Opfer unterlassener Hilfeleistung; womöglich handelt es sich auch um Tötung durch Unterlassen“ –, die die Politiker gefälligst verhindern sollen. Um ihnen ins Gewissen zu reden und seinen Imperativ unüberhörbar zu machen, wird er poetisch und erhebt die erschoffenen Auswanderer in eine höhere Sphäre: Sie sind lebende Appelle an unsere Humanität. Dem eigenen hohen Wert wenigstens hätte die EU zu entsprechen und Zuflucht zu gewähren. „Die Flüchtlinge sind die Botschafter des Hungers, der Verfolgung, des Leids. Doch Europa mag diese Botschafter nicht empfangen. Die europäischen Außengrenzen wurden so dicht gemacht, dass es dort auch für Humanität kein Durchkommen mehr gibt.“

Bei Prantl bleibt dunkel, wie viel oder wie wenig sich wirkliche Flüchtlinge davon versprechen dürfen, wenn Europa seine Türen so weit öffnet, dass die Humanität selbst hindurchpasst. Tom Koenigs von den Grünen, ein Kollege im Geiste, scheut sich weniger auszusprechen, was die Flüchtlinge sich erwarten dürfen, wenn Europa schnell, realistisch und praktisch die Hilfe leistet, die er fordert.

„Man kann auf die EU schimpfen und langfristige Lösungen fordern. Aber jetzt geht es um schnelle

Hilfe für Flüchtlinge. ... Deutschland kann nicht alle aufnehmen, heißt es, die EU auch nicht. Natürlich, darum geht es aber jetzt nicht. Die Situation in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, muss sich verbessern. Ja, aber sollen so lange die Leute im Meer ertrinken? Das Schlepperunwesen muss bekämpft werden. Richtig, nur: Das geht am akuten Problem vorbei, da geht es um Menschenrettung. Man kann doch nicht jemanden ertrinken lassen, nur weil man nachher nicht weiß, wohin mit ihm. Es geht hier zuallererst um Rettung Ertrinkender. 1500 im Jahr. Das kann doch nicht unmöglich sein.“ (FR, 8.10.13)

Koenigs weist – als ob es das Gleiche wäre – sowohl Kritik zurück, die sich den Ursachen der Katastrophe zuwendet, wie auch die Funktion, in der er das Plädoyer für langfristige Lösungen oft genug zu hören kriegt: als Ausrede nämlich, alles beim Alten zu belassen und gar nichts zu tun. Er vertritt genau das Gegenteil: Wer hier und heute helfen will, darf sich weder um die Gründe der Einwanderung noch um die der europäischen Abwehr der Einwanderer kümmern. Den einen bescheinigt er ihre – jedenfalls kurzfristige – Unveränderlichkeit, den anderen sogar ein gewisses Recht. So macht er dann schon deutlich, was er an der Katastrophe von Lampedusa notwendig findet und was nicht: Wenn die Fluchtursachen ebenso als bleibendes Faktum hingenommen werden müssen wie der Umstand, dass die meisten Flüchtlinge nach Europa nicht hereindürfen, dann ist an dem gefährlichen Zusammentreffen von Flucht und undurchlässiger Grenze nur eines vermeidbar: Der nasse Tod selbst hätte nicht sein müssen und soll nicht mehr sein. Diese der Lebensrettung und sonst gar nichts verpflichtete Ethik ist nicht so fern von den Konsequenzen, die die EU-Behörden selbst aus der Lage ziehen: Sie verstärken die Präsenz der Frontex-Einheiten in den Gewässern zwischen Afrika und Italien, fangen Boote möglichst vor dem Kentern ab und bringen die Flüchtlinge sicher wieder dorthin zurück, von wo sie fliehen wollten. Außerdem werden Fluchthelfer härter verfolgt und strenger bestraft.

### „Unkontrollierte Immigration hält Europa nicht aus!“

FAZ-Journalist Frankenberger widmet sich der europäischen Abschottungspolitik, die Prantl für die Toten verantwortlich macht, – und findet sie einfach unverzichtbar.

„Es stimmt: Die europäische Politik hat vornehmlich das Ziel, illegale Einwanderer – und um solche handelt es sich – abzuwehren. ... Aber fairerweise

## VORTRÄGE & DISKUSSIONEN

### Irans atomare Fähigkeiten, Syriens Chemiewaffen: Die Weltmacht USA will die Waffen der Staatenwelt kontrollieren

Referent: Jonas Köper (Redaktion GegenStandpunkt)

FRANKFURT, Mittwoch, 22. Januar 2014, 19 Uhr  
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69, Zugang über den Hof

MARBURG, Donnerstag, 23. Januar 2014, 20 Uhr  
Kulturladen KFZ, Schulstraße 6

Glaubt man den Gegnern Obamas in den USA, in Saudiarabien, in Israel usw., dann ist der Präsident der Weltmacht jetzt schon zweimal vor „Tyrannen“ eingeknickt: Obama hat gegen Assad erst gar nicht den rechten vernichtenden Schlag geplant und dann den viel zu kleinen auch noch ausgesetzt und er erlässt den Mullahs im Iran kurz vor deren „Kapitulation“ Sanktionen – ein „historischer Fehler“, schimpft Netanjahu.

Andere loben einen zweifachen „Sieg der Diplomatie“, den diese über „die militärische Konfrontation“ errungen haben soll, gönnen dem Oberami doch wieder etwas vom Friedensnobelpreis und bekommen angesichts der frohen Botschaft vom zutiefst friedlichen Verhandeln auch darüber keine Zweifel, dass Obama bei jeder Gelegenheit klarstellt, dass allein der weiter drohende US-Militärschlag Assad zur Herausgabe seiner Chemiewaffen bewegen und dass die weiter durchgeführten schärfsten Sanktionen Iran zu „ernsthaften“ Verhandlungen über seine atomaren Potenzen bewegen haben.

Vielleicht sollte man mal klären, was da verhandelt wird, was die USA da warum weg haben wollen und wie dieser Stoff der Diplomatie zur militärischen Konfrontation steht:

- wenn Syrien seine furchterregendsten Waffen an die USA, die noch ganz andere Massenvernichtungswaffen als chemische im Einsatz haben, übergibt,
- wenn Iran um ein verbleibendes Recht auf atomare Forschung und Industrie mit Verhandlungspartnern ringt, die alle von sich zuverlässig wissen, dass ein Staat mit diesen Fähigkeiten auch Atomwaffen bauen kann, und die zumeist selbst welche haben,
- wenn die Oberverhandlungsmächte USA und Russland diplomatisch und weltöffentlich darum rechten, wer von ihnen diese Verhandlungen zustande gebracht habe und wem deshalb maßgeblicher Einfluss auf deren Ergebnisse zustehe...

### Snowdens Enthüllungen über die Geheimdienste: Wozu brauchen Demokratien den totalen Überwachungsstaat?

Referent: Rolf Röhrig (Redaktion GegenStandpunkt)

FRANKFURT, Mittwoch, 26. Februar 2014, 19 Uhr  
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69, Zugang über den Hof

MARBURG, Donnerstag, 27. Februar 2014, 20 Uhr  
Kulturladen KFZ, Schulstraße 6

Orwells düstere Utopie vom totalen Überwachungsstaat („1984“) wird offenbar anders wahr, als es sich der Literat damals gedacht hat. Wikileaks wollte die Institutionen der Herrschaft transparent machen und sie auf diese Weise ihres Herrschaftscharakters entkleiden. Wie es aussieht, hat vor allem der Bürger sich durch den Gebrauch neuer Technologien transparent gemacht und produziert eine Unmenge an Informationen, die von Geheimdiensten weltweit abgeschöpft und von den Behörden für die politische Kontrolle ihrer Bürger genutzt werden. Der Hinweis „Stasi!“ hat einmal ausgereicht, um den gesamten DDR-Staat in Bausch und Bogen zu verdammen. Geheimdienstfachleute der Demokratie finden allerdings gar nichts dabei, sich zur vollständigen Überwachung des Fußvolks zu bekennen. Sie beanspruchen, in ihrer Sprache, eben den „ganzen Heuhaufen“, um die berühmte „Nadel“ darin zu finden. Das gilt hierzulande nicht als Praxis, die einer Diktatur ziemt, sondern als Leistung für die Bürger. Denn die staatlichen Stellen in Amerika und Deutschland rechtfertigen die Überwachung der elektronischen Kommunikation damit, dass sie dem Bürger außer der Freiheit auch noch seine Sicherheit zu gewährleisten hätten und dass hundert Prozent von beidem zugleich leider nicht

zu haben sei. Die Wahrheit ist das nicht. Rechtsstaat und totale Überwachung gehören aus einem anderen Grund zusammen.

Der Abhörskandal hat sich mittlerweile ausgeweitet. Er betrifft nicht mehr nur das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, sondern auch das zwischen den Staaten selbst. Der US-Geheimdienst NSA hat das Handy von Kanzlerin Merkel abgehört. Die gibt sich wie die gesamte Nation empört: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht!“ Dass es doch geht, ist ja nun erwiesen. Dass der US-Präsident die Regierungschefin einer befreundeten Nation ausspionieren lässt, gilt als enormer Vertrauensbruch. Weniger wahrgenommen und als unangebrachtes Misstrauen angeprangert wird dagegen die Absicht zur Geheimhaltung gegenüber dem amerikanischen Freund, die ja wohl auf deutscher Seite vorliegen muss. Sonst gäbe es nichts auszuspähen. Warum empören sich die nationalen Repräsentanten über die Anwendung geheimdienstlicher Mittel auch unter- und gegeneinander, die sie gleichzeitig unverdrossen weiter betreiben? Wozu brauchen Demokratien überhaupt Geheimdienste, die doch einmal als Erkennungsmerkmal böser Diktaturen galten?



## Nachrichten aus der Marktwirtschaft Die neue Siemens-Geschäftsführung kümmert sich um ihren guten Ruf an der Börse und der Betriebsrat sieht dadurch sein Ansehen beschädigt

Siemens hat seine Führung in Management und Aufsichtsrat ausgewechselt. Kaum im Amt, verkündet sie, dass sie weltweit 15.000 Arbeitsplätze abbauen wird, und zwar als Verwirklichung des schon vom alten Vorstand ausgerufenen, aber bislang nicht konsequent durchgezogenen Sparprogramms „Siemens 2014“ – Massentlassungen stehen also an. Das ist zum einen eine klare Ansage an die Siemensianer, worauf sie sich gefasst machen müssen. Zum anderen richtet sich diese Meldung an einen Adressanten, auf den es in anderer Hinsicht entscheidend ankommt: ans Finanzkapital. Die anvisierten Spar- und Umbaumaßnahmen soll die Börse als Signal nehmen, dass der Konzern nach dem Wechsel an der Spitze gut aufgestellt und für den Konkurrenzkampf mit General Electric und anderen Technologiekonzernen gerüstet ist. Dabei ist die Zahl 15 000 ganz und gar nicht unwichtig, soll doch allein schon die Quantität Banken und andere Investoren davon überzeugen, wie dynamisch Siemens seine Offensive startet. Nebenbei eine Klarstellung über den Fetisch ‚Arbeitsplatz‘, dem alles unternehmerische Bemühen doch „eigentlich“ zu dienen habe: Der massenhafte Stellenabbau ist der Glaubwürdigkeitsbeweis, dass man mit Siemens auch in Zukunft enorme Geschäfte machen kann, und er steht dafür, dass der Konzern es ernst mit dem Versprechen meint, durch satte Personaleinsparungen die Umsatzrendite zu steigern.

\*

Der Siemens-Betriebsrat ist mit dieser Ankündigung überhaupt nicht einverstanden und meldet sich empört zu Wort:

„Den Arbeitnehmervertretern wurde nie eine Gesamtzahl über den Abbau bekanntgegeben, daher sind wir überrascht und maßlos verärgert.“

Nicht verärgert ist der Betriebsrat also darüber, dass 15.000 Arbeitsplätze verschwinden, sondern über die Bekanntgabe dieser „Gesamtzahl“. Von deren Veröffentlichung soll nämlich eine Wirkung ausgehen, die der Betriebsrat gar nicht leiden kann. Gesamtbetriebsratschef Lothar Adler:

„Die Meldung über den Abbau von 15 000 Stellen hat mehr Unklarheit als Klarheit geschaffen, weil der Eindruck erweckt wurde, hier handele es sich um ein neues und dramatisches Abbauprogramm. Das hat zehntausende Siemensianer verunsichert.“

Eine völlig unnötige Verunsicherung der Belegschaft, so Lothar Adler, ist doch die neue Zahl gar keine neue Zahl, sondern ein alter Hut, denn: „Das Programm läuft schon seit 2012.“ Selbstverständlich unter Beteiligung des Betriebsrates, der – wie immer – das Schlimmste

verhindert hat. Noch einmal Betriebsratschef Adler:

„Ein Abbau nach der Rasenmähermethode ist verhindert worden.“ (SZ v. 30.9.13)

Es ist also alles seinen geordneten innerbetrieblichen Gang gegangen, weswegen es nicht einzusehen ist, warum die Unternehmensleitung diese „Gesamtzahl“ jetzt plötzlich an die große Glocke hängt. Darum, so IG Metall und Betriebsrat, soll sich die Unternehmensleitung gefälligst an das bewährte Verfahren halten:

„Wir erwarten von Siemens ein Bekenntnis zum bisherigen Vorgehen. Das heißt, dass die Information von Mitarbeitern und Betriebsräten an erster Stelle steht, die Verhandlungen vor Ort entsprechend geführt werden.“ (IG-Metall-Vorstand Kerner)

Es ist schon interessant, worüber sich da ein Betriebsrat empört. Nämlich darüber, dass der falsche Eindruck entstehen könnte, diese Massentlassung würde einfach an ihm vorbei durchgezogen. Offensichtlich kennt so ein Arbeitnehmervertreter keine andere Sorge als die, wie er denn vor seinen Siemensianern und der interessierten Öffentlichkeit da steht. Auf keinen Fall als einer, der im Unternehmen nichts zu sagen hat und mit dem die Geschäftsleitung umspringen kann, wie sie will. Nichts findet er offensichtlich schlimmer, als wenn das Vertrauen der Mitarbeiter in ihre betriebliche Interessenvertretung untergraben wird, weil die Firmenleitung den konstruktiven Anteil des Betriebsrats an der sozialfriedlichen Abwicklung des Sparprogramms unter den Teppich kehrt. Das gefährdet die einvernehmliche Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung, mit Hilfe derer seit 2012 geräuschlos und harmonisch dafür gesorgt wurde, dass die erste Hälfte der Entlassungen nicht mit der „Rasenmähermethode“, sondern – gemäß Adlers Motto: „erst der Mensch, dann die Marge“ – mit Hilfe von Altersteilzeit, Abfindungen, Versetzungen u. dergl. abgewickelt wurde.

So geht also erfolgreiche Betriebsratspolitik: Wenn Arbeitnehmervertretungen mitreden und mitorganisieren, dann sind 15 000 abgebaute Stellen nicht einfach Massentlassungen, sondern der Beitrag des Betriebsrates zum Vorhaben von Siemens, sich als Global Player mit – offensichtlich auch für den Betriebsrat unabwendbaren – Sparmaßnahmen der internationalen Konkurrenz stellen zu können. Und das – so das Angebot von Adler und seinen IG-Metall-Kollegen – kann die Firma auch weiterhin haben: Sie muss in Zukunft bloß darauf achten, die Arbeitnehmervertretung nicht mit einer missratenen Informationspolitik zu „überraschen“ und zu „verärgern“.

## „Sittenwidrige Löhne!“ – Das Hinterletzte aus der durchgeregelten Klassengesellschaft

Auf faz.de (1.10.13) ist nachzulesen, dass inzwischen „jeder fünfte Deutsche für einen Niedriglohn arbeitet.“ Doch jetzt bekommen die Geringverdiener unverhofft Schützenhilfe vom Staat:

„Im Kampf gegen sittenwidrige Löhne müssen Beschäftigte nicht mehr alleine vor Gericht ziehen. Diese Arbeit erledigen inzwischen immer häufiger die Arbeitsagenturen für sie. Für Schlagzeilen etwa hatte ein Fall in der Uckermark gesorgt, bei dem ein Pizza-Lieferservice in Prenzlau und in Schwedt Stundenlöhne von nur 1,50 Euro und 2,50 Euro gezahlt haben soll. Das Jobcenter Uckermark hatte vor dem Arbeitsgericht Eberswalde auf Rückzahlung der erstatteten Aufstockungsleistungen in Höhe von 11 000 Euro geklagt und Mitte September recht bekommen.“ (pnn.de, 10.10.13)

Das zuständige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit verkündet dazu, dass das offensive Vorgehen gegen Lohndumping ein wichtiges Signal sei, um ein Unrechtsbewusstsein auf Seiten der Unternehmer zu schaffen. So kommt die Behörde ihrem Auftrag nach, „den pflichtbewussten Umgang mit dem aus Steuermitteln finanzierten Arbeitslosengeld II sicherzustellen und alle Arbeitgeber zu schützen, die anständigen Löhne zahlen.“ (ebd.)

### Stundenlöhne von 1,32 Euro: Der Sozialstaat hat es nicht leicht!

Erst will der Sozialstaat Dauerarbeitslosigkeit abbauen und Arbeitslose in Beschäftigung bringen. Dafür scheut er keine Mühe und stellt seine ganze Kompetenz hinter diesen Zweck: Er fördert geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, befreit die Leiharbeit von Schranken, radikalisiert die Zumutbarkeitskriterien und korrigiert das Arbeitslosengeld so weit nach unten, dass es mehr denn je eine versachlichte Forderung ist, das nächstschlechte Jobangebot anzunehmen. Die Verweigerung von als zumutbar definierten Beschäftigungsangeboten wird mit Minderungen des Arbeitslosengeldes bestraft. Der Sozialstaat rechnet damit, dass diese Maßnahmen Lohnverhältnisse hervorbringen, von denen die Eingegliederten nicht existieren können. Ihm ist nämlich klar, dass ein großer Teil der Arbeitslosen nur dann in Arbeit kommt, wenn der Verdienst für sie keinen Lebensunterhalt abwirft. Deshalb stattet er Niedriglöhner großzügig mit dem Fürsorgeanspruch aus, nötigenfalls ihren Lohn bis zum staatlichen Existenzminimum aufgestockt zu bekommen, auf das sie auch ohne Arbeit einen Anspruch hätten.

Dann sieht der Sozialstaat sich mit dem Erfolg seiner Hartz-Reformen konfrontiert: Je mehr die Maßnahmen greifen und die Arbeitslosigkeit sinkt, desto mehr werden seine Arbeitslosen zu „Beschäftigten“, die von ihrem Lohn nicht leben können und auf seine Aufstockungsleistungen angewiesen sind. Unternehmer verwenden sein Billigangebot an Arbeitskräften ausgiebig für

sich und verlassen sich ansonsten darauf, dass der notwendige Lebensunterhalt ihrer Arbeitskräfte durch den Staat gewährleistet wird. So waren die Reformen aber nicht gemeint: Der Staat will nicht einfach Profite subventionieren und den Unternehmern einen Vorteil verschaffen, sondern mit dieser Subventionierung seine Arbeitslosen einer rentablen Beschäftigung zuführen! Wo die Kassen seiner Jobcenter mit laufend steigenden Kosten für das Aufstocken strapaziert werden, zieht er den messerscharfen Schluss, dass beim Gebrauch seiner Leistungen reger Missbrauch am Werk sein muss.

Die sozialstaatlichen Ausführungsorgane – die Jobcenter – gehen diesen Widerspruch, den sich der Sozialstaat einhandelt, in der Weise an, in der er sie betrifft: Sie sehen ihr Budget strapaziert und entdecken im Rahmen ihrer Befugnisse einen Weg, Unternehmern in dieser Hinsicht Schranken zu setzen.

### Der Rechtsstaat weiß sich zu helfen!

Er verfügt nämlich längst über ein Maß – auf der Ebene des Rechtsgeschäfts. Als überparteiliche Instanz, die hoheitlich definiert, unter welchen Umständen Verträge in Ordnung gehen, kennt er das Kriterium der sittenwidrigen Löhne. An dem scheidet sich rechtsgültig eine ordentliche arbeitsvertragliche Entgeltvereinbarung von der „Ausbeutung einer Zwangslage“ (BGB §138), welche die vereinbarte Arbeitsvergütung ungültig macht und Nachzahlungen fällig werden lässt. Nach gängiger Rechtsprechung befinden sich Beschäftigte in dieser unsittlichen Zwangslage, „wenn die Arbeitsvergütung nicht einmal zwei Drittel eines in der betreffenden Branche und Wirtschaftsregion üblicherweise gezahlten Tariflohns erreicht.“ (BAG, 2009, 5 AZR 436/08) Die gute Sitte wird also dort eingehalten, wo ein Lohn – wie erbärmlich er auch immer sein mag –ortsüblich ist; beziehungsweise nicht mehr als ein Drittel darunter gedrückt wird.

Die Jobcenter entdecken die rechtsgeschäftliche Regelung der sittenwidrigen Löhne, die es zum Schutz wehrloser Arbeitnehmer gibt, für sich und beanspruchen sie für den Schutz ihrer Kassen. Weil das von Arbeitgebern nachzuzahlende Entgelt für die Arbeitnehmer den von den Jobcentern ausgezahlten Aufstockungsleistungen entspricht, geht es unmittelbar an sie über.

Für die FAZ ist die Moral der Geschichte sonnenklar: Es handelt sich dabei um einen wohlthätigen Dienst an den sittenwidrig Beschäftigten im Niedriglohnsektor: „Im Kampf gegen sittenwidrige Löhne müssen Beschäftigte nicht mehr alleine vor Gericht ziehen. Diese Arbeit erledigen inzwischen immer häufiger die Arbeitsagenturen für sie.“ Wie gütig! Die sittenwidrig entlohnten Arbeiter müssen gar nicht selber vor Gericht ziehen, damit der Staat sein Geld wieder bekommt!

### Albert Krölls Kapitalismus Rechtsstaat Menschenrechte



Das Buch beantwortet die Frage nach der eigentlichen Verfassung einer Gesellschaft, die eines flächendeckenden Aufsichtsregimes durch eine souveräne rechtsstaatlich organisierte politische Gewalt bedarf.

Der Rechtsstaat gilt als die zivilisatorische Errungenschaft des modernen politischen Gemeinwesens. Denn in ihm regiert nicht der persönliche Wille eines Fürsten oder Diktators, dort herrscht vielmehr ausschließlich das Recht. In Gestalt der Menschenrechte ist der freiheitliche Rechtsstaat, der sich als Kontrastmodell zur »politischen Gewalt- und Willkürherrschaft« präsentiert, sogar zum globalen Exportartikel avanciert. Freilich sind Rechtsstaat und Menschenrechte ohne Polizei, Gefängnisse und Gerichtsvollzieher nicht zu haben. Warum der Rechtsfriedens den Charakter eines auf dauerhafter staatlicher Gewalt beruhenden Programms besitzt und welche Leistungen das rechtsstaatliche Procedere für die bürgerliche Konkurrenzgesellschaft erbringt, ist Gegenstand der Studie von Albert Krölls.

#### Aus dem Inhalt:

- Klassiker der Rechtsstaatsideologie: Das Recht als Schranke der Staatsgewalt?
- Die verfassungsrechtliche Kodifizierung der bürgerlichen Staatsräson
- Politische Herrschaft im Kapitalismus als Dienst am Recht
- Vom Nutzen der Gewaltenteilung für die Exekution des bürgerlichen Staatsprogramms
- Das Bundesverfassungsgericht: Krone des Rechtsstaats und Hüter der wehrhaften Demokratie
- Rechtsstaat, Staatsnotstand und innere Sicherheit
- Wie das Recht das Bewusstsein der Bürger regiert
- Menschenrechtsideologie: Legitimation der Herrschaft des bürgerlichen Staates aus der Menschennatur der Beherrschten

216 Seiten | 2013 | EUR 16.80

Veröffentlichung bei VSA: ISBN 978-3-89965-582-7

#### Der Autor

Albert Krölls, Jahrgang 1948, Diplom-Sozialwissenschaftler, emeritierter Professor für Recht und Verwaltung



# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

## 4-13

### Kritik – wie geht das?

Zur hochgeschätzten demokratischen Kultur gehört es, dass da Bürger laufend nicht nur privat, sondern auch öffentlich Kritik üben, unablässig eine bessere Welt vermissen und fordern. Die stellt sich deshalb aber nicht ein, was zur Folge hat, dass ein ansehnliches Standardrepertoire von Beschwerden fortlebt. Das heißt leider nicht, dass die Beschwerde führenden Bürger beherrschen, wie Kritik geht. Ihnen unterlaufen immerzu die gleichen Fehler, durch die sie nicht nur das zunächst einmal theoretische Gewerbe des Kritisiertens verpfuschen. Mit ihrem falsch gestrickten Einspruchswesen bilden sie den Willen aus, der sie zum perfekten Mitmacher qualifiziert – bei allem, was ihnen so missfällt. Und mindestens zur selben Blüte gelangt wie die Pflege kritischen Rasonierens sind im übrigen gewisse Standards der Zurückweisung von Kritik – bis hin zum Verbot...

### Giftgas in Syrien

#### Die Weltführungsmacht statuiert ein Exempel ihrer Glaubwürdigkeit

Ende August werden im syrischen Bürgerkrieg Chemiewaffen eingesetzt. Die westliche Welt gibt sich entsetzt, weiß sofort, das dafür Assad verantwortlich ist und leitet daraus den dringlichen Auftrag ab, den Mann endlich seiner gerechten Strafe zuzuführen. Kein Geheimnis ist, an wen in erster Linie der Antrag auf tätiges Eingreifen adressiert ist. „Entschlossenes Handeln“ erwartet man von der westlichen Führungsmacht. Deren Präsident bleibt in Sachen moralischer Betroffenheit prompt nichts schuldig. Er handelt auch sehr entschlossen, im Endeffekt dann freilich doch nicht so, wie es sich nach der Auffassung der Öffentlichkeit gehört, nämlich mit einer eindrucksvollen Aktion überlegener militärischer Gewalt. Prompt kommt die Frage auf, wie es um die „Führungsstärke“ Amerikas bestellt ist. Mit ihrem parteilichen Fanatismus, die USA wären ihr und der Welt eine glaubwürdige „Straffaktion“ und gewaltsame Abschreckung unliebsamer Machthaber schuldig, entgeht der Öffentlichkeit völlig, wie die USA Syrien zum Beweisfall ihrer Weltführungsmacht machen.

### Die NSA-Affäre

#### Deutsch-amerikanische Beziehungen in der „Vertrauenskrise“

Nachdem die Enthüllungen Edward Snowdens zunächst für eine Debatte über das Unrecht amerikanischer Überwachung der Privatsphäre deutscher Bürger und über das rechte Verhältnis von bürgerlichen Freiheitsrechten und innerer Staatssicherheit gesorgt hat, wird im Oktober bekannt, dass auch Merkels Handy zu den Zielobjekten amerikanischer Geheimdienste zählt. Dazu die

Regierung: „Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht, wir sind nicht mehr im Kalten Krieg!“ Die amtliche Beschwerde ist vernehmlich, und die Verweise auf den ‚Kalten Krieg‘, der vorbei ist, auf die gemeinsamen ‚Herausforderungen‘, vor denen man heute stehe, und das Hervorheben der ‚Partnerschaft‘, die beide Mächte verbinde, unterstreichen das Gewicht, das ihr von deutscher Seite beigelegt wird: Sie machen deutlich, wofür im Verhältnis zwischen Deutschland und den USA die ewig wiederkehrenden Floskeln von „Freundschaft“ und „Vertrauen“ stehen, was also die aufgeflogene Abhöraktion politisch bedeutet, und zwar für die USA wie für Deutschland.

### Die Kapitalisierung Russlands Marktwirtschaft vom Feinsten

Folgt man der hiesigen Berichterstattung, so besteht Russland vornehmlich aus den Machenschaften eines machtbesessenen Präsidenten, der mit einem ihm hörigen Justizapparat höchstpersönlich die Opposition unterdrückt, singende Punkmädchen, Homosexuelle und andere ‚Kremlkritiker‘ verfolgt, unsere russischen NGOs schikaniert, also hauptsächlich damit befasst ist, die Demokratie und damit unsere guten Herrschaftsprinzipien mit Füßen zu treten. Weiter hinten im Wirtschaftsteil der Zeitungen wird dann die russische Wirtschaft mit ihren Rohstoffexporten, ihren Deviseneinnahmen und ihrem Modernisierungsbedarf als inzwischen prächtige Geschäftsgelegenheit für unser Kapital gewürdigt. Zugleich aber werden die damit für uns verbundenen politischen Probleme erläutert, die diese nützlichen Beziehungen zu Russland für die deutsche Führungsmacht in Europa aufwerfen: dass Europa sich mit dem Bezug von Öl und Gas in die Abhängigkeit einer Macht begibt, die tendenziell Energie als politische Waffe missbraucht. Bei all dieser Besichtigung Russlands am Maßstab deutscher Interessen kommt es gar nicht dazu, dass die Kenner einmal angemessen würdigen, was aus Russland geworden ist, nachdem es nun fast schon ein Vierteljahrhundert kapitalistisch bewirtschaftet wird.

#### Ferner in der Chronik:

Nachlese zu den „Sachthemen“ des Wahlkampfs

Politiker werben mit den Zumutungen des von ihnen verwalteten Kapitalismus um Zustimmung der Betroffenen zu ihrem Regierungsauftrag

BILD als Eventmanager der Demokratie: WIR sind das Wahlvolk

Der SPIEGEL zum Beruf der deutschen Intelligenz: Bildung verpflichtet

Fußball-WM 2022 in Katar:

Hoch die internationale Solidarität! Rote Karte für Ausbeuter

FAZ zum Wirtschaftsnobelpreis:

Wirtschaftliche (Un)Vernunft gehört geehrt!

Betriebsbesichtigung mit der Frankfurter Sonntagszeitung:

Moderne Arbeitsplätze – und Arbeiter, wie man sie braucht

Arbeitszeitverkürzung bei Porsche:

Eine Stunde Druckausgleich für immer mehr Druck in der Stunde

#### Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon

DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Roppel • Roter Stern

MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Einzelpreis 15,00 € 168 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

#### Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort als digitale Ausgabe erhältlich:

Bestellung und weitere Infos über [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) oder über kommerzielle E-Book-Shops wie z.B. [www.libreka.de](http://www.libreka.de).

Jahresabo: 40 € Einzelausgabe: 10 € E-Book-Formate: pdf, epub, mobi

Ältere Ausgaben der Jahre 1992 bis 2011 sind auf [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) frei recherchierbar und stehen dort kostenlos als E-Books zum Download zur Verfügung.

### Verbraucherschutz für Arme: Anleitung zum Sparen

Manchmal haben es die Politiker nicht leicht mit ihren einkommensschwachen Bürgern. Nicht erst, wenn es Winter wird, dann aber erst recht, verschwenden die Strom, den sie sich nicht leisten können. Und zwar bloß, um nicht im Dunklen und Kalten zu sitzen, sich was zu kochen und sich für den Arbeitsmarkt bereit zu halten. Die Folge: schlecht für sie, weil ihnen der Strom gesperrt wird und sie im Dunklen und Kalten auf Schulden sitzen, die sie nicht bezahlen können. Und ein bisschen schlecht auch für die „Versorger“, die ihnen den Strom nicht rechtzeitig abgedreht haben und deshalb ihrerseits auf schwer einbringlichen Forderungen sitzen.

Verantwortungsvolle Politiker nehmen sich – mitten in den Koalitionsverhandlungen – Zeit für eine hilfreiche Idee.

„Um die wachsende Zahl von Stromsperrern einzudämmen, planen Union und SPD für die Verbraucher mit Zahlungsschwierigkeiten ‚Prepaid-Karten‘ wie beim Handy. So bekämen die Versorger ihr Geld und die Verbraucher müssten

nicht auf Strom verzichten, sagte die CDU-Politikerin Mechthild Heil der ‚Saarbrücker Zeitung‘. Sie leitet für die Union die Arbeitsgruppe Verbraucherschutz in den Koalitionsverhandlungen.“ (Welt, 5.11.13)

Man muss den einkommensschwachen Bürgern einfach ein wenig helfen, ihrer Verantwortung für sich und die Gemeinschaft gerecht zu werden. Und das ist ja auch gar nicht so schwer: Sie müssen nur praktisch beweisen, dass sie sich den Strom, den sie verbrauchen müssen, auch tatsächlich leisten können – indem sie ihn vorher bezahlen. Damit haben sie sich schon einmal dagegen abgesichert, ihr Hartz-IV-Geld ohne Rücksicht auf die Stromkosten zu verbuchen. Und müssen deswegen exakt erst dann auf den Strom verzichten, wenn das Guthaben auf der Prepaid-Karte verbraucht und kein Geld für eine neue da ist; und nebenbei ersparen sie so den Versorgern den Ärger mit dem Eintreiben ihrer Gelder. Eine feine Lektion praktischer Volkserziehung: vom Pauper, dem der Strom abgedreht wird, zum mündigen Verbraucher, der sich selbst vom Netz nimmt. ◀

## ARBEITSKREIS KAPITAL

### Karl Marx: Das Kapital

#### Kritik der politischen Ökonomie; Erster Band

Damit die Seitenangaben für die Teilnehmer einheitlich sind, empfehlen wir die Ausgabe:

MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Ort: Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheimer (Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum: K1, K2 oder K3 (im 1. Stock) oder K4 (2. Stock)

Zeit: mittwochs um 19 Uhr

Termine: 15.1.; 29.1.; 5.2.; 12.2.2014

Weitere Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf [www.farberot.de](http://www.farberot.de) veröffentlicht.

Veranstalter: farbeROT



## Lampedusa - Fortsetzung von Seite 1 ►

muss man sagen, dass das Ausmaß selbst die vernünftigste Flüchtlingspolitik überfordern würde. Zwischen Westafrika und Vorderasien warten nicht Zehn- oder Hunderttausende auf eine günstige Gelegenheit, endlich nach Europa aufzubrechen, weil dort Milch und Honig fließen – es sind Millionen. Die ‚solidarische Willkommenskultur‘, die hierzulande nun gefordert wird, wäre faktisch eine Einladung zu einer gigantischen Wanderungsbewegung.“ (FAZ, 5.10.)

Dem Kommentator ist es selbstverständlich: Lässt man einen afrikanischen oder asiatischen Hungerleider in die EU herein, dann kommen zehn oder hundert Mal soviel hinterher. In den Herkunftsländern herrschen seiner Kenntnis nach „perfekte Fluchtbedingungen“. Die Not, die die Flüchtlinge aus ihrer Heimat treibt, trifft nicht einzelne, sondern die Bewohner von einhalb Kontinenten. Sie hat mit temporären Problemen oder einem durch auswärtige Unterstützung bewältigbaren Ernte- oder Produktionsausfall nichts zu tun, sondern zeigt einen dauerhaften Ruin der Lebensgrundlagen an. Warum gleich neben potenten Wirtschaftsmächten wie Europa ganze Kontinente liegen, in denen nicht einmal das Überleben mehr geht, interessiert Frankenberger nicht weiter. Davon geht er als „den Gegebenheiten“ aus, auf die „wir“ uns einstellen, ein „Wohlstandsgefälle“, mit dessen Wirkungen „wir“ fertig werden müssen. Ganz egal, was irgendwer gegen die EU-Einwanderungs-Verhinderungspolitik einwenden mag, und was sich vielleicht auch gegen sie einwenden ließe: Diese Flut kann Europa nicht verkraften, „selbst die vernünftigste Flüchtlingspolitik“ würde da scheitern.

Er präsentiert damit noch so eine „Gegebenheit“, die ihm keine Frage wert ist. Warum versteht es sich denn von selbst, dass Deutschland und erst recht die große EU nicht Millionen aufnehmen können? Fehlt es etwa an Platz oder materiellen Mitteln, zusätzliche Wohnungen zu bauen und Essen heranzuschaffen? Die Flüchtlinge werden als untragbare Belastungen und Unkosten für die sozialen Sicherungssysteme ins Auge gefasst; dass die nach Europa wollen, um mit Arbeit für sich und ihre Familien zu sorgen, wird gar nicht erst in Betracht gezogen. Könnten sich die Einheimischen mit neuen zupackenden Händen nicht die Arbeit teilen, und das zusätzlich Benötigte leicht herstellen? Können sie eben nicht! Frankenberger hält sich nicht auf mit dem Warum; er geht davon aus, dass in dieser Wirtschaftsweise massenhaft zusätzliche Arbeitsleute keine willkommene Unterstützung darstellen, sondern ein Problem. Ihm ist die Absurdität vertraut, dass Arbeit selbst – der Aufwand, der nötig ist zur Herstellung der gebrauchten Güter – ein knappes Gut ist und schon ohne Einwanderer nicht für alle reicht. Arbeit muss man in dieser Gesellschaft haben und sie dafür erst einmal finden und nehmen. Weil Unternehmer dafür zuständig sind, Arbeit zu geben, die sich für sie lohnt, und weil sie dafür mit Lohn und Arbeitsplätzen knapp kalkulieren, ist Arbeit nicht einfach die Mühe, die sie ist, sondern ein Privileg, das der, der sie hat, mit anderen nicht teilen kann. Nur deshalb sind zusätzliche Menschen im Land eine Bedrohung für diejenigen, die Arbeit haben. Das Kapital definiert, wie viele Leute gebraucht werden, also nützlich sind und leben können, und wie viele – an ausschließlich seinem Bedarf gemessen – Überbevölkerung darstellen und nur stören. Wer zu welcher Sorte Mensch gehört, entscheidet, so weit er kann, der Staat: Während Unternehmer arme Migranten bisweilen schon als Billigarbeitskräfte brauchen könnten, hält sie die Politik zum Schutz des nationalen Arbeitsvolks mit ihrem Grenzregime vom nationalen Standort fern. So macht er sie zu sozialen Kostgängern und die Arbeit – den Flüchtlingen gegenüber – zum nationalen Privileg. Weil Frankenberger diese Logik kapitalistischer Arbeit so natürlich ist, dass er sie gar nicht mehr thematisiert, sondern sich nur noch auf sie beruft, ist ihm auch klar, dass die Unterbindung einer Masseneinwanderung mit allen dafür nötigen Mitteln leider eine Notwendigkeit des europäischen Wohlfahrtsmodells ist.

## „Fluchtursachen bekämpfen!“

Wenn man die Flüchtlinge schon nicht nach Europa hereinlassen kann, dann ist die eigentliche Ursache der Katastrophe darin zu suchen, dass sie überhaupt herein wollen. Und da zeigen sich – angesichts der hohen Zahl der Opfer – die

diversen Wortmeldungen einmal nicht giftig gegen Wirtschaftsflüchtlinge, die nur ihren Vorteil suchen. Auch der Mann von der FAZ möchte es den Auswanderern „nicht verdenken, dass sie weg wollen aus ihren Heimatländern, in denen sie keine Perspektive sehen und Elend, Gewalt und Krieg erfahren haben.“ Ausnahmsweise also kein Vorwurf an die Afrikaner, die kommen; weil Europa sie gleichwohl nicht brauchen kann, thematisieren die Meinungsprofis mitfühlend deren heimatliche Existenzbedingungen als Zustände, die so eigentlich nicht bleiben dürften: „Europa müsste mehr tun, um die Fluchtursachen zu bekämpfen.“ Jeder sagt das – und die meisten sagen gleich dazu, dass das ein Jahrhundertwerk wäre, von dem man sich Besserung so bald nicht erwarten darf.

„Die Ehrlichkeit gebietet es, sich einzugestehen, dass dieses Problem allenfalls langfristig zu lösen ist, wenn überhaupt. Jenseits der europäischen Grenzen, im Süden und Südosten, herrschen oft ‚perfekte‘ wirtschaftliche, soziale und politische Abwanderungsbedingungen. Dort muss die europäische Politik ansetzen: beitragen, die Lage zu verbessern und Konflikte zu bewältigen. Kurzfristig wird das den Druck jedoch nicht mindern. Dafür ist das Nord-Süd-Gefälle einfach zu groß.“ (Frankenberger, FAZ, 12.10.13.)

Viel verspricht der FAZ-Mann sich nicht von europäischen Beiträgen zur Verbesserung der Lage, nur ins Auge, um ihre Unbewältigbarkeit zu beschwören. Manche teilen den verbreiteten Fatalismus nicht. Sie wüssten schon, was zu tun wäre, und bezichtigen die EU nicht nur, das Nötige zu unterlassen, sondern Fluchtursachen durch ihre Afrikapolitik direkt zu erzeugen.

Nicht alle Journalisten freilich fassen die riesenhafte Aufgabe, Fluchtursachen zu beseitigen, nur ins Auge, um ihre Unbewältigbarkeit zu beschwören. Manche teilen den verbreiteten Fatalismus nicht. Sie wüssten schon, was zu tun wäre, und bezichtigen die EU nicht nur, das Nötige zu unterlassen, sondern Fluchtursachen durch ihre Afrikapolitik direkt zu erzeugen.

„Mit Abwehrmaßnahmen und auch den Aktionen von Frontex werden nicht die Ursachen der illegalen Zuwanderung bekämpft. Und zu diesen Ursachen trägt zum Beispiel die Wirtschafts- und Agrarpolitik der EU mit Subventionen und Einfuhrbeschränkungen nicht unerheblich bei, in deren Folge Bauern in afrikanischen Ländern ihre Existenzgrundlage verlieren und sich dann eben auf den Weg gen Europa machen, um Arbeit zu suchen.“ (Martina Doering, Frankfurter Rundschau, 6.10.)

Noch härtere Worte findet Sebastian Schoepp von der Süddeutschen:

„Nur am Rande hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich beim Treffen mit EU-Kollegen den wahren Kern des Problems berührt: Man müsse mehr tun, um Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu beseitigen. Damit hat er recht. Nur leider hat er versäumt auszuführen, was er damit meint, und das möglicherweise mit Absicht. Denn es ist die EU selbst, die die Schlüssel in der Hand hält, um Migrationsgründe zu reduzieren. Sie müsste nur wollen, wofür es trotz Flüchtlingsdramen keine Anzeichen gibt.“

Ausbeutung und Arroganz halten Afrika am Boden. Es geht damit los, dass man aufhören könnte, die Küsten Westafrikas leer zu fischen, den Menschen mithin die Lebensgrundlage zu entziehen und ihre Regierungen dafür mit Almosen abzuspeisen. Man könnte auch das Dogma vom Freihandel nicht nur zum eigenen – kurzfristigen – Vorteil interpretieren und stattdessen Handelschranken abbauen, denn die machen es armen Ländern fast unmöglich, gewinnorientiert zu produzieren. Man könnte versuchen, die Afrikaner nicht mehr zu Rohstofflieferanten zu degradieren. Viele Länder leben vom Extraktivismus, was heißt: davon, was sie aus dem Boden kratzen und von den Bäumen holen. Extraktivismus jedoch nährt korrupte Eliten und behindert technischen Fortschritt.“ (SZ 12.10.13.)

Ob die Autoren verstehen, was sie da an Umständen und Ursachen anführen? Wenn Afrika hungert, weil die EU die Einfuhr dortiger Agrarprodukte beschränkt und zugleich europäische Agrarexporte subventioniert, dann offenbart das viel mehr als eine egoistische Handelspolitik: Auch in Afrika hängt das Leben und Überleben nicht mehr davon ab, ob die Bauern dort genug und wie viel Lebensmittel sie für sich und ihre Abnehmer erzeugen, sondern vom

## POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

## zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort	Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim, Jügelstraße 1 (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum	K1, K2, K3 (1. Stock) oder K4 (2. Stock)
Zeit	donnerstags um 19 Uhr
Termine:	16.01.; 23.01.; 30.1.2014 Weitere Termine sowie Raumänderungen werden zeitnah auf <a href="http://www.farberot.de">www.farberot.de</a> veröffentlicht.

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf  
[www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html](http://www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html)

Geld, das sie verdienen können – und zwar auf einem globalen Markt. Extraktivismus hin oder her; so viel Kapitalismus ist auf dem Katastrophenkontinent jedenfalls schon eingezogen, dass nur essen kann, wer – Schoepp sagt es – sich für den Gewinn nützlich zu machen vermag – in Konkurrenz zu anderen, oft internationalen Anbietern, die dasselbe wollen und die unmöglich alle ihr Ziel erreichen können. Erst auf dieser Basis ist Europa mit seiner Marktregulation, Finanzkraft und Produktivität im Konkurrenzkampf um Geldquellen, Preise und Gewinne gegenüber afrikanischen Produzenten nicht nur gnadenlos überlegen und macht deren gewinnorientierte Produktion unmöglich; es ist überhaupt das politische und ökonomische Subjekt, das mit den entrichteten Lizenzgebühren für den Fischfang ebenso wie mit seiner Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen entscheidet, wie viel Geld überhaupt in Afrika ankommt und von den diversen Eliten angeeignet und ausgegeben werden kann. Die Kritiker zählen immer wieder dieselben drei Geschäftsfelder – Fischfang, Cash Crops und Bergbau – auf; andere fallen ihnen nicht ein, weil es eine andere kapitalistische Nutzung des schwarzen Kontinents so gut wie nicht gibt. Es ist dasselbe ökonomische System, das die Flüchtlinge in den Zielländern zur Störung werden lässt, das sie auch aus ihrer Heimat vertreibt.

Journalisten, die sich nicht gleich damit abfinden, dass sich an der Lage Afrikas nichts ändern lässt, machen schlechte Politik für die Fluchtursachen verantwortlich; Politik, meinen sie, müsste sich mit gutem Willen doch korrigieren lassen. Schoepp weiß nicht recht, ob er „Freihandel“ für die Rechtfertigungsideologie der außenwirtschaftlichen Konkurrenz der Nationen halten soll oder für ein unverwirklichtes Versprechen von Fairness. Egal, er klagt mal die Verwirklichung des Versprechens ein – und rechnet erkennbar nicht damit, dass jemand darauf hört: Der Autor, der Europa der gezielten Ausbeutung und Arroganz bezichtigt, weiß, dass die EU ihre Politik gegenüber Afrika gar nicht ändern will, weil diese Politik den „kurzfristigen“ europäischen Wirtschaftsinteressen ganz gut entspricht. Seinen Verbesserungsvorschlägen steht die ganze Realität des wichtigen Wirtschaftsbündnisses entgegen – und dem trägt er Rechnung mit dem durchgehaltenen Konjunktiv seiner Forderungen.

In einem letzten Versuch, Europa davon zu überzeugen, dass seine Afrikapolitik nicht nur für Afrika, sondern für Europa selbst schlecht ist, appelliert er an genau die imperialistischen Benutzungsinteressen, denen er gerade noch die katastrophale Lage des schwarzen Kontinents zur Last gelegt hat.

„Europa droht Afrika zu verlieren – und verpasst damit eine Chance. Viele afrikanische Länder haben enorme Wachstumsraten. Ruanda, Kongo, ja selbst Somalia sind weit mehr in Technologie und globale Wirtschaftszusammenhänge integriert, als das hierzulande wahrgenommen wird. Das Geschäft machen jedoch zunehmend andere, Brasilianer und Chinesen. Um das einzuleiten, müsste man jedoch die rassistische Brille abnehmen, durch die Afrikaner noch immer wie zu Fortschritt unfähige Nehmer aussehen, zu denen man sie ja stets auch machen wollte.“ (Ebd.)

Imperialismus ohne Vorurteile – sollte es das sein, was Afrika weiterhilft?

## „Mit der Flut leben!“

Die schönste Einsicht in die Notwendigkeit präsentiert Thomas Schmid in der Frankfurter Rundschau:

„Das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa zeigt: Flucht ist die andere Seite der Globalisierung. Eine Politik, die den Kontinent zur Festung gegen Migranten macht, gehört endlich auf den Misthaufen der Geschichte. ... Weltweit sind nach UN-Angaben 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Jährlich versuchen vermutlich an die 100 000 Afrikaner ihren Kontinent zu verlassen – die meisten wohl aus wirtschaftlichen Gründen. Auch diese sind durchaus respektabel. Wie Kapital da hinfließt, wo die größten Profite locken, so zieht es die Habenichtse der Welt eben da hin, wo sie sich ein besseres Leben versprechen. Das ist die andere Seite der Globalisierung.“ (FR 4.10.13)

Wenn die Staaten dem Kapital die Grenzen wegräumen und seiner Jagd nach Rendite den globalen Vergleich der nationalen Standorte gestatten, müssen sie sich nicht wundern, dass die dadurch ihrer Lebensgrundlagen beraubte Weltbevölkerung auch mobil wird und an denselben Grenzen anstößt, die fürs Kapital so durchlässig geworden sind. Schmid stellt das ohne kritischen Unterton fest: Er findet, dass, wer A sagt, auch B sagen muss; und meint das keineswegs sarkastisch in dem Sinn, dass die kapitalistische Welt mit dem einen Wahnsinn einen zweiten produziert. Er hält den Zustand, dass 45 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht und über Länder und Kontinente hinweg auf der Suche nach einem Leben sind, für normal im Zeitalter der Globalisierung: Dem Hin- und Hershwappen der Kapital- und Investmentströme entspricht halt ein ebensolches Schwappen der Menschenfluten. Die Politik soll dem neuen dynamischen Gleichgewicht der Weltwirtschaft nur keine unhaltbaren Dämme in den Weg stellen wollen, sondern sich mit Einwanderungsquoten, Integrationspolitik und anderen Instrumenten der Migrationssteuerung darauf einstellen. ◀

Audiomitschnitte von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags zu aktuellen und grundlegenden Themen des Weltgeschehens gibt es als mp3-Download auf [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) und [www.farberot.de](http://www.farberot.de)